Bismarck, König Ludwig II. und das Reich

Ein Beitrag zur Gründung des Deutschen Reiches vor 150 Jahren

Von Wilhelm Liebhart

»Am Anfang war Bismarck« (Thomas Nipperdey).[1] Nicht nur am Anfang, sondern auch am Ende Ludwigs II. stand Otto von Bismarck, der preußische Ministerpräsident und seit 1871 Reichskanzler des Deutschen Reiches.[2]

Frühe Begegnung 1863

Am 16. und 17. August 1863 begegneten sie einander zum ersten und letzten Mal persönlich, der wenige Monate zuvor, im Herbst 1862, zum preußischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen berufene 48-jährige Bismarck und der knapp 18-jährige Kronprinz Ludwig. Bismarck hielt diese Begegnung in seinen 1898 erschienenen Memoiren *Gedanken und Erinnerungen* fest: *Ich hatte den Eindruck, daß er mit seinen Gedanken nicht bei der Tafel war und sich nur ab und zu seiner Absicht erinnerte, mit mir eine Unterhaltung zu führen, die aus dem Gebiete der üblichen Hofgespräche nicht hinausging. Gleichwohl glaubte ich in dem, was er sagte, eine begabte Lebhaftigkeit und einen von seiner Zukunft erfüllten Sinn zu erkennen. In den Pausen des Gesprächs blickte er über seine Frau Mutter hinweg an die Decke und leerte ab und zu hastig sein Champagnerglas [...], ich hatte jedoch das Gefühl, daß die Umgebung ihn langweilte und er den von ihr unabhängigen Richtungen seiner Phantasie durch den Champagner zu Hilfe kam. Der Eindruck, den er mir machte, war ein sympathischer, obschon ich mir mit einiger Verdrießlichkeit sagen mußte, daß mein Bestreben, ihn als Tischnachbar angenehm zu unterhalten, unfruchtbar blieb. Es war dies das einzige Mal, daß ich den König Ludwig von Angesicht gesehn habe, ich bin aber mit ihm, seit er bald nachher* [10. März 1864] *den Thron bestiegen hatte, bis an sein Lebensende in günstigen Beziehungen und in verhältnismäßig regem brieflichen Verkehre geblieben und habe dabei jederzeit von ihm den Eindruck eines geschäftlich klaren Regenten von nationaldeutscher Gesinnung gehabt, wenn auch mit vorwiegender Sorge für die Erhaltung des föderativen Prinzips der Reichsverfassung und der verfassungsmäßigen Privilegien seines Landes.*[3]

Aus diesen Worten spricht echte Sympathie, obwohl sich bis auf eine Begegnung der gegenseitige direkte Kontakt ausschließlich auf Briefe beschränkte. Auf die angebliche »Geisteskrankheit« spielt Bismarck an, wenn er aufgrund des Briefwechsels von einem *geschäftlich klaren Regenten* spricht.

Bismarcks Bild vom König 1890

Tatsächlich wollte Bismarck die aus München verbreitete offizielle Version für die Entmündigung Ludwigs zunächst nicht akzeptieren. Er legte sich eine ihm logisch erscheinende Erklärung zurecht, wonach *Narren in hohen Häusern*[4] nicht geboren, sondern vielmehr gemacht werden: *Wenn die Erziehung des Königs Ludwig nicht weltfremden Professoren und fremdländischen Sprachlehrern anvertraut worden wäre, sondern deutschen Offizieren, dann wäre der König vielleicht auf dem Erdboden, dem er entstammte, stehen geblieben und hätte sich nicht auf den wolkenumnebelten Parnaß verstiegen.* [...] *Ich glaube aber trotzdem, daß der König von Bayern, wenn er gleich mit der Thronbesteigung einen tüchtigen, geschickten, gewissenhaften und tatkräftigen Minister als Führer gehabt hätte, ein ganzer König hätte werden können. Sein königliches Bewußtsein war ja nicht bloße Eitelkeit, sein mehrseitiges Wissen nicht blendende Allwisserei, sein staatsmännisches Tun keine Torheit. Bei richtiger Führung wäre er kaum ein Narr geworden.*[5] Hier dachte der Kanzler wohl auch an seinen jungen Kaiser Wilhelm II., der ihn zu seinem Leidwesen eben entlassen hatte.[6]

König Ludwig II. im Jahr 1864

Foto: Original, Slg. Liebhart

Auch Wilhelm und nicht nur Ludwig hatte offensichtlich die falschen Erzieher und keinen Berater von Bismarcks Kaliber. Die bayerischen Ministerratsvorsitzenden kommen im Urteil Bismarcks im Gegensatz zum König schlecht weg, für ihn waren sie *Theoretiker* wie Ludwig von der Pfordten (Amtszeit 1864–1866), *glatte Hofadelige* wie Graf Otto von Bray-Steinburg (Amtszeit 1870/1871) oder *streberische Bürokraten* wie Johann von Lutz (Amtszeit 1880–1890).[7] Was Ludwig in den Augen Bismarcks abging, war die fehlende Willensstärke, eine Willensschwäche habe seinen Untergang herbeigeführt.

Bemerkenswert und merkwürdig bleibt es, dass Bismarck dem bayerischen König in seinen Erinnerungen ein eigenes 18. Kapitel[8] widmete und ihren gemeinsamen Briefwechsel in einer Auswahl publizierte. Bismarck tat nichts ohne Grund und ohne Kalkül. Wollte er die offizielle Version der Entmündigung dadurch in Zweifel ziehen? War es eine Verbundenheit mit dem unter tragischen Umständen umgekommenen König, Mitleid und Trauer oder schlichtweg Dankbarkeit über den Tod hinaus? Aber: Dankbarkeit wofür?

Reichsgründung und Kaiserbrief

Nach vorausgegangenen politischen Spannungen, die hier nicht thematisiert werden können, erklärte am 19. Juli 1870 der französische Kaiser Napoleon III. dem Königreich Preußen den Krieg, der als Deutsch-Französischer Krieg in die Geschichte einging.[9] Aufgrund des Schutz- und Trutzbundes von 1866 war Bayern verpflichtet, Preußen militärisch zu Hilfe zu kommen, was König Ludwig II. als Pazifist und Freund Frankreichs unwillig tat.[10] Nach dem großen deutschen Sieg am 1. September 1870 bei Sedan brach das französische Kaiserreich zusammen, der Krieg ging aber zunächst weiter. In den Tagen davor und danach startete Bismarck als preußischer Ministerpräsident diplomatische Initiativen, um den bisherigen Norddeutschen Bund unter Preußens Führung mit den souveränen süddeutschen Mittelstaaten wie Baden, Württem-

berg, Hessen und Bayern zu einem neuen deutschen Bund[11], dem späteren Deutschen Reich, zusammenzuschließen. Der bayerische Ministerrat erbat und erhielt von Ludwig II. am 12. September 1870 eine Verhandlungsvollmacht. Bismarck verhandelte äußerst geschickt, sodass sich eine allgemeine Isolierung Bayerns abzeichnete, da alle anderen deutschen Staaten bereit waren, dem Norddeutschen Bund sofort beizutreten. Der bayerische Außenminister von Bray-Steinburg erklärte schließlich am 8. November 1870 den direkten Beitritt Bayerns zum Norddeutschen Bund, am 23. November unterschrieben die bayerischen Minister die Versailler Verträge, die zur Reichsgründung führten. Der König ratifizierte sie am 7. Dezember. Dazwischen, am 19. November, hatte der preußische Gesandte in München, Georg von Werthern, der von 1867 bis 1888 in München tätig war[12], Bismarck vertraulich mitgeteilt: *Der König von Bayern ist durch Bauten und Theater in große Geldverlegenheit geraten. Sechs Millionen Gulden würden ihm sehr angenehm sein, vorausgesetzt, dass die Minister es nicht erfahren. Für diese Summe würde er sich auch zur Kaiserproklamation und Reise nach Versailles entschließen.*[13] Der königliche Oberststallmeister Graf Maximilian von Holnstein würde zu diesem Zweck anreisen, was am 25. November erfolgte. In der Tat hatte der König schon am 31. Oktober über dem Kabinettssekretär seinen Außenminister Bray-Steinburg wissen lassen, dass man für ihn bei Bismarck zwei Millionen Francs oder Gulden und für Bayern eine *mäßige Territorialvergrößerung* wie eine Landbrücke von Unterfranken zur bayerischen, linksrheinischen Pfalz erwirken solle.[14] Was zwischen Bismarck und Graf Holnstein am 27. November besprochen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis, aber das Ergebnis ist bekannt: Bismarck entwarf für Ludwig II. ein an König Wilhelm I. von Preußen zu richtendes Schreiben, um ihn im Namen aller deutschen Fürsten zur Übernahme des Kaisertitels zu bitten. Dass auch über Ludwigs Geldwünsche gesprochen wurde, ist anzunehmen.[15] Auf der Rückreise von Versailles nach München zeigte Graf Holnstein den bayerischen Ministern den Briefentwurf, den Außenminister Bray-Steinburg geringfügig änderte. Holnstein traf am 30. November gegen Mittag von Augsburg aus in Hohenschwangau ein. Ludwig II. lag im Bett und litt an Zahnkieferschmerzen. Trotzdem gelang es Holnstein, den unwilligen König zur Unterschrift zu veranlassen.[16] Warum benötigte Bismarck den bayerischen König? Der preußische König Wilhelm I. hatte sich zum Entsetzen Bismarcks geweigert, den Titel eines »Deutschen Kaisers« zu führen, den der preußische Ministerpräsident als Abschluss und Krönung seines politischen Einigungswerkes ansah. Der Kaiserbrief zeigte die gewünschte Wirkung, als König Wilhelm I. wenige Tage nach dem Eingang des Briefs vor Abgeordneten des Norddeutschen Bundes äußerte: *Mit tiefer Bewegung* habe ihn *die durch Se. Majestät den König von Bayern an* [ihn] *gelangte Aufforderung zur Herstellung der Kaiserwürde* […] *erfüllt.*[17]

Bismarck überliefert in seinen Memoiren einen bemerkenswerten Vorschlag Ludwigs II. zum Thema Kaisertum. Es sollte kein Erbkaisertum in einer Herrscherfamilie geben, sondern das deutsche Kaisertum zwischen den Hohenzollern und Wittelsbachern wechseln. Dazu Bismarck: *Als außerhalb des Gebiets politischer Möglichkeit liegend ist mir sein in den Versailler Verhandlungen auftauchender Gedanke erinnerlich, daß das deutsche Kaisertum resp. Bundespräsidium zwischen dem preußischen und dem bayrischen Hause erblich alternieren solle.*[18]

Am 18. Januar 1871 fand die Kaiserproklamation in Versailles ohne den bayerischen König, den sein Onkel Luitpold und sein Bruder Otto vertraten, statt. Die Proklamation erfolgte vor der Ratifikation der Verträge in der bayerischen Abgeordnetenkammer. Dort tobte eine zehntägige Redeschlacht.[19] Knapp nahm eine notwendige Zweidrittelmehrheit am 21. Januar 1871 die Verträge an. Auch diesmal brach die patriotische Opposition wieder auseinander. Karl Zander, Journalist und Patriot, schrieb resigniert: *All die Treue, all der Mannesmuth, womit der Kern des bayerischen Volkes den schweren Kampf gekämpft für seines Heimathlandes und seines Königshauses Unabhängigkeit, hat nicht abzuwenden vermocht, daß das bisher souveräne Königreich Bayern tatsächlich ein Unterthanenland der Krone Preußens geworden ist.*[20]

Zahlungen Bismarcks an Ludwig II.

Noch im Jahr 1871 begannen geheime Geldzahlungen aus Berlin an König Ludwig II., der jährlich bis zum Tod 100 000 Taler bzw. 300 000 Mark erhielt. Davon behielt Graf Holnstein 30 000 Mark als Vermittlung für sich. Über die Motive und Hintergründe dieses Geldtransfers wird seit 1960 in der Forschung diskutiert.[21] Insgesamt flossen bis 1886 4,8 Millionen plus einer Sonderzahlung im Jahr 1885 von einer Million Mark in die königliche Privatschatulle. Die Provision für Graf Holnstein ist ein klares Indiz, dass er mit Bismarck die Zuwendungen im November 1870 ausgehandelt hatte. Holnstein bekam zusätzlich noch aus Berlin eine jährliche Zuwendung.[22] Rupert Hacker versucht schlüssig nachzuweisen, dass Ludwig II. nicht bestochen wurde, um seine Zustimmung zu Kaiser und Reich zu erkaufen. Auch Hans Rall[23] und Andreas Kraus bestreiten diesen Zusammenhang. Sicherlich war die *eigentliche Entscheidung über das Schicksal Bayerns mit den Versailler Novemberverträgen besiegelt*[24], aber dieses Geldgeschäft als *fürstlichen Dank*[25] zu deklarieren, scheint mir doch zu positiv gedacht. Hatte der König nicht schon im Oktober vergeblich seinen Außenminister gedrängt, für ihn zwei Millionen zu ermitteln? Der bayerische Staat erhielt übrigens aus den französischen Reparationszahlungen insgesamt 158 Millionen Gulden! Die außerbayerische Forschung sieht den Zusammenhang anders. Lothar Gall schreibt in seiner Bismarck-Biografie: *Und auch nach dem Abschluß der Verhandlungen bedurfte es noch eines Griffs in die preußische Staatsschatulle, um den bayerischen König zur endgültigen Zustimmung zu veranlassen. Ludwig II. erhielt* […] *die Garantie jährlicher Zuwendungen* […] *und* […] *der Oberst-Stallmeister Graf von Holnstein, jeweils zehn Prozent der Summe. Unter dem Eindruck solch großzügigen Verständnisses für seine Bauleidenschaft zögerte der bayerische Monarch dann nicht mehr, dem preußischen König* […] *die Kaiserkrone anzubieten.*[26]

Wie auch immer: Wie rechtfertigte Ludwig II. seine plötzliche Entscheidung für den Kaiserbrief? An seinen jüngeren Bruder Otto schrieb er am 25. November 1870: *Könnte Bayern allein, frei vom Bunde stehen, dann wäre es gleichgültig, da dies aber geradezu eine politische Unmöglichkeit wäre, da Volk und Armee sich dagegen stemmen würden und die Krone mithin allen Halt im Land verlöre, so ist es, so schauderhaft und entsetzlich es immerhin bleibt, ein Akt von politischer Klugheit, ja von Notwendigkeit im Interesse der Krone und des Landes, wenn der König von Bayern jenes Anerbieten stellt* […].[27] Wie Ludwig II. noch Monate nach der Vertragsunterzeichnung zumute war, schildert ein Brief vom März 1871: *Ich habe seit dem Abschluß jener unseligen Verträge selten frohe Stunden, bin traurig und verstimmt* […]. – *Dazu kommt, daß ich als der deutschgesinnte König Ludwig, der Deutsche – und wie jene Phrasen alle heißen, verschrien werde.*[28]

Sonderrechte für Bayern

Heute wissen wir, dass Bayern im föderativen Bismarckreich mehr originäre Rechte und Sonderrechte besaß als in der Weimarer Republik oder gar in der Bundesrepublik Deutschland.

Gemessen an der alten Souveränität verlor jedoch Bayern 1871 ans Reich seine völkerrechtliche Unabhängigkeit. Es verblieben aber die eigene Verfassung von 1818, die Gesetzgebung, die Gerichtsbarkeit und Verwaltung, das Polizeirecht, das Enteignungsrecht, das Gemeinderecht, das Schul- und Hochschulrecht, das Staatskirchenrecht, das Bauwesen, der Landschafts- und Denkmalschutz, die Wege- und Wasserstraßenverwaltung, die Landeskultur, das Berg-, Jagd- und Fischereirecht und schließlich das Kredit- und Sparkassenwesen. Unter die Reservat- und Sonderrechte fielen das Heimat- und Niederlassungsrecht, das Eisenbahn-, Post- und Telegraphiewesen, die Immobilienversicherung, die Branntwein- und Biersteuer, das Verehelichungsrecht, die Militärhoheit des Königs im Frieden und weiterhin die eigenen Auslandsvertretungen in Paris, St. Petersburg, London und Rom.[29]

Bismarck als Psychologe

Ohne Zweifel nahm Bismarck schon früh Ludwig für sich ein, er wusste ihn über Jahrzehnte hinweg psychologisch richtig zu behandeln. Seit 1871 überwies er diskret aus dem geheimen Welfenfonds Geld nach München, das Ludwig dringend für seine extensive und teure Lebens- und Haushaltsführung benötigte. Für Bismarck erwies es sich als politisch klug, Bayerns König, der über das zweitgrößte deutsche Land regierte, auf seiner Seite zu wissen. Bismarck billigte Bayern eine Sonderrolle zu. War es Schmeichelei oder echte Überzeugung, wenn er feststellte: *Bayern ist vielleicht das einzige Land, dem es durch materielle Bedeutung, durch die bestimmt ausgeprägte Stammeseigentümlichkeit und durch die Begabung seiner Herrscher gelungen ist, ein wirkliches und in sich selbst befriedigtes Nationalgefühl auszubilden.*[30]

Bayern wuchs in den Folgejahren in das neue Reich hinein. Sämtliche liberalen bayerischen Regierungen folgten brav Bismarcks und Preußens politischem Kurs. Obwohl Bismarck gegenüber dem Journalisten Anton Memminger 1890 versicherte, sich nie in bayerische Angelegenheiten eingemischt zu haben, entspricht dies nicht den Tatsachen.[31] Bismarck hätte nicht zugegeben, dass sein Gesandter von Werthern und er bayerische Zeitungen subventionierten. Ludwig II. war ein passionierter Zeitungsleser, sein Lieblingsblatt, die »Süddeutsche Presse«, förderte Bismarck mit Geld. Doch kehren wir zum persönlichen Verhältnis zwischen Bismarck und Ludwig II. zurück.

Bad Kissingen

Seit der Mitte der 1870er-Jahre gaben Bismarcks Kuraufenthalte in Bad Kissingen den Anstoß zu gegenseitigen Briefen. So bedankte sich der Reichskanzler am 7. Juli 1874 für die bereitgestellten schönen Pferde. Sechs Tage später verübte der Böttchergeselle Eduard Kullmann ein Attentat auf Bismarck, das misslang. Ludwig II. bedauerte am 31. Juli diesen *so verabscheuungswürdigen Mordanschlag, für dessen Mißlingen ich Gott immerdar dankbar sein werde.*[32] Der Einladung in die Berge kam der Reichskanzler nicht nach. Selbst in diesem Brief erinnerte der König wieder an *das föderative Prinzip* als *Grundlage der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland.*[33] Bismarck flocht mitunter in seinen Briefen auch politische Informationen ein. Es ging dabei sowohl um innere Angelegenheiten als auch um Außenpolitik. Die Lage im instabilen Osmanischen Reich, das Verhältnis zwischen Russland und Österreich, die Lage in Großbritannien, aber auch Elsass-Lothringen, der Reichstag, die Zentrumspartei, die SPD und der sogenannte Kulturkampf stellen von Bismarck behandelte Themen dar. Ludwig enthielt sich eigener politischer Stellungnahmen. Er dankte eher mit verbindlichen, nichtssagenden Worten, die wohl auch vom jeweiligen Sekretär stammen konnten. So am 16. Juli 1876: *Durch Ihre so klare Darlegung der politischen Situation haben Sie, mein lieber Fürst, mich ganz besonders verbunden. Der weitsehende, staatsmännische Blick, welcher sich in Ihren Anschauungen über die Stellung Deutschlands zu den gegenwärtigen und etwa noch drohenden Verwicklungen im Auslande kund gibt, hat meine volle Bewunderung, und ich brauche wohl nicht zu versichern, daß Ihre mächtigen Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens von meinen wärmsten Sympathien und unbegrenztem Vertrauen begleitet sind.*[34]

Einig waren sich beide in der Ablehnung einer Weiterentwicklung der Staatsform der konstitutionellen Monarchie hin zu einer parlamentarischen Monarchie. Die katholische Zentrumspartei (Patriotenpartei), die im bayerischen Landtag, aber nicht im Reichstag die Mehrheit besaß, war in den Augen Bismarcks *an sich staatsfeindlich*[35], die SPD eine *bedrohliche Räuberbande*[36]. Ludwig pflichtete ihm am 10. August 1881 bei, er würde auch für sein Land *die Gelüste nach parlamentarischer Majoritätsregierung*[37] energisch zurückweisen. Er begrüßte nicht zuletzt aus Angst vor sozialdemokratischen Attentaten im gleichen Brief die Sozialgesetzgebung, *um die Wohlfahrt der deutschen Lande und insbesondere die Lage der Arbeiter auf eine befriedigende Stufe zu bringen.*[38]

Finanzkrise

Welchen Anteil nahm Fürst Bismarck in der Finanzkrise und bei der Entmündigung Ludwigs II.?[39] Was sich seit Jahren abgezeichnet hatte, wurde 1884 offenbar: Die Kabinettskasse des Königs war wegen Überschuldung nicht mehr in der Lage, die anfallenden Rechnungen für die Schlossbauten zu begleichen. Es ging im Frühjahr 1884 um 7,5 Millionen Mark, die fällig waren. Bismarck half, indem er zu den normalen 300 000 Mark im Februar 1884 eine Million Mark als »Soforthilfe« anweisen ließ. Aber der König hatte sich finanziell übernommen und dachte nicht daran, sich einzuschränken. Am 6. April 1886 bat Ludwig erneut um Finanzhilfe. Am 14. April kam die Antwort. Bismarck berichtete von seinen Kontakten zu Berliner Finanzkreisen, denen die Lage Lud-

Bismarck im Alter von 59 Jahren in Kürassieruniform, 1874 Foto: Repro Autor

wigs bekannt war.[40] Sie wären bereit, die fehlenden sechs Millionen aufzutreiben, *aber nur gegen Sicherheiten u. nur unter der Bedingung, dass durch Verzicht auf weiteres Bauen die Mittel zur Verzinsung und Rückzahlung der Anleihe verfügbar gestellt würden. Da ein solcher Verzicht auf Fortsetzung der begonnenen Bauten nicht in Eurer Majestät Intentionen liegt, so habe ich weder in den Kreisen der Geldmänner noch in dem Hausministerium S. M. des Kaisers eine Aussicht gewinnen können, die nöthigen Summen aufzubringen.*[41] Bismarck riet, die Angelegenheit *dem Landtage unter offener Darlegung des Sachverhältnisses* vorzulegen. Wusste Bismarck nicht, dass Ministerpräsident Johann von Lutz und seine Ministerkollegen auf keinen Fall vor den Landtag treten wollten, um sich nicht Fragen gefallen lassen zu müssen, warum sie es soweit hatten kommen lassen oder warum sie dann nicht zurückgetreten waren? Schlug Bismarck diese Lösung vor, um damit indirekt die Initialzündung für eine Entmündigung in die Wege zu leiten? Auf jeden Fall weigerte sich die Regierung trotz Befehls des Königs vom 17. April 1886, die Sache vor den Landtag zu bringen. Immerhin hatte man aber negativ verlaufende Gespräche mit diversen Abgeordneten geführt, auch die Opposition wusste Bescheid. Der Historiker Alexander von Müller glaubt, dass Bismarck mit seinem Schreiben bewusst den Stein ins Rollen bringen wollte, allerdings nicht in eine Richtung: *Der Weg, den er vorschlug, konnte nur von einem Vernünftigen und Handlungsfähigen begangen werden. Entweder der König hatte noch die Kraft, dem bismarckischen Rat zu folgen und ihn durchzuführen: dann mochte er das widerstrebende Ministerium stürzen und sich mit der Volksvertretung verständigen. Oder er hatte sie nicht mehr: dann wurde das Ministerium gezwungen, rasch Klarheit zu schaffen. Er selbst aber stand völlig ungebunden im Hintergrund und konnte warten, wie die Dinge sich entwickelten.*[42] Offensichtlich kam es Anfang Mai nochmals zu Kontakten mit Bismarck. Die Briefe sind aber nicht bekannt.

Am 21. Mai 1886 setzte der bayerische Gesandte Hugo Graf von Lerchenfeld-Koefering Fürst Bismarck im Auftrag der Regierung über den geistigen Zustand Ludwigs ins Bild. Bismarck sah dabei das vorgelegte »Belastungsmaterial« durch und sagte dann laut Lerchenfeld, *er habe den Zustand des Königs nicht für so schlimm gehalten und an Intriguen gedacht. Er habe aber Vertrauen in meine* [gemeint ist Lerchenfeld] *Ehrlichkeit und glaube mir daher, wenn ich ihm sage, daß den Zuständen ein Ende gemacht werden müsse. Er erhebe also keine Einwendungen gegen die Absichten des Prinzen Luitpold und des Ministeriums, verlange aber, daß man ihn ganz aus der Sache herauslasse.*[43] Lerchenfeld schließt seine persönliche Aufzeichnung damit, dass der Kanzler *sichtlich traurig gestimmt gewesen* sei und ihm *das traurige Schicksal des unglücklichen Königs* naheging.[44]

Entmündigung

Die Art und Weise der Entmündigung ist von Bismarck klar und bestimmt abgelehnt (!) worden. Er verzichtete jedoch darauf, seine Ansicht in München durchzusetzen. In einer Besprechung mit dem bayerischen Gesandten vom 23. Mai betonte er laut Graf Lerchenfeld, dass sich die Einsetzung einer Regentschaft *nur ärtzlich und rein bayerisch*[45] vollziehen dürfe: *Jede preußische Einmischung und jede Einmischung des Reichskanzlers muß ferne gehalten und auch der Schein einer solchen vermieden werden.* Der Grund lag auf der Hand. Falls sich in Bayern geteilte Meinungen und Parteiungen bilden sollten, *dann würden notwendigerweise die Vertreter der einen oder anderen Meinung zu einer preußischen Partei gestempelt* werden. Bismarck hielt gegenüber Lerchenfeld mit Kritik an der beabsichtigten Vorgehensweise nicht zurück. Er schlug in Sachen Bauschulden den Gang vor den Landtag vor: *Entweder hielt man damit den König oder wenn, wie es sich jetzt herausstellt, er nicht länger zu halten war, so vollzog sich der Prozeß vor aller Augen. Durch dieses Vorgehen von oben, auf Grund des irrenärztlichen Zeugnisses, gewinne die Angelegenheit auf jeden Fall den Charakter des Geheimnisvollen.*[46] Der Anstoß zur Entmündigung würde dann vom Parlament ausgehen, die Abgeordneten müssten erklären, *daß der in der Verfassung vorgesehene Fall der Regentschaft vorliege. Die Minister könnten dann ihrerseits Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Königs aussprechen, und dann werde sich das weitere von selbst entwickeln.*[47] Ein Satz in Lerchenfelds Gesprächsbericht nach München macht stutzig: *Ich führte aus, daß die finanzielle Frage zwar den Anstoß gegeben habe, […] daß aber an sich dieser Punkt der nebensächliche gegenüber anderen traurigen Dingen sei.*[48] Was meinte er damit? Im Ministerratsprotokoll vom 7. Juni findet sich ein weiterer Hinweis, diesmal durch Prof. Dr. Bernhard Gudden, als er einen förmlichen Thronverzicht des Königs ablehnte, weil er im Gegensatz zur Entmündigung dazu führen würde, dass die Person des Königs *mit Ausschreitungen belastet* bliebe, *die vom ethischen Standpunkte schrecklicher nicht gedacht werden können.*[49] Mittlerweile wissen wir es: Ludwig II. litt unter seiner Homosexualität und neigte in den letzten Lebensjahren zu Handgreiflichkeiten und körperlichen Übergriffen.[50]

Bismarck betonte im dritten Gespräch vom 24. Mai 1886 mit von Lerchenfeld nochmals seine Befürchtung, *daß das Vorgehen von oben, d. h. von Seiten der Agnaten* [Familie Luitpolds] *und des Ministeriums, als eine Palastrevolution von Übelwollenden gedeutet werden könne.*[51] Diese Worte waren geradezu prophetisch. Warum wurde Bismarcks »Lösungsvorschlag« nicht aufgegriffen? Man glaubte einen Präzedenzfall zu schaffen, wenn der Landtag die Absetzung eines Monarchen beantragen würde. Dies sah die bayerische Verfassung genauso wenig vor wie die Geisteskrankheit des Königs. Das Problem stellte sich als Verfassungslücke dar, die erst 1913 geschlossen wurde. Allerdings erlaubte das Staatsrecht bei völliger Regierungsunfähigkeit den Eintritt einer Reichsverwesung.

Prinz Luitpold, der Onkel Ludwigs, trat die Reichsverweserschaft am 10. Juni 1886 für den entmündigten König Ludwig II. an. In der Proklamation ist zu lesen: *Im Namen Seiner Majestät des Königs. Unser Königliches Haus und Bayerns treubewährtes Volk ist nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse von dem erschütternden Ereignisse betroffen worden, daß Unser vielgeliebter Neffe, der allerdurchlauchtigste großmächtigste König und Herr, Seine Majestät König Ludwig II., an einem schweren Leiden erkrankt sind, welches Allerhöchstdieselben an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit im Sinne des Titels II § 11 der Verfassungs-Urkunde hindert. Da Seine Majestät der König für diesen Fall Allerhöchst Selbst weder Vorsehung getroffen haben noch dermalen treffen können, und da ferner über Unseren vielgeliebten Neffen, Seine Königliche Hoheit den Prinzen Otto von Bayern, ein schon länger andauerndes Leiden verhängt ist, welches Ihm die Übernahme der Regentschaft unmöglich macht, so legen Uns die Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde als nächstberufenem Agnaten die traurige Pflicht auf, die Reichsverwesung zu übernehmen.*[52]

10. Juni 1886

Noch einmal, zum letzten Mal, kreuzten sich Ludwigs und des Reichskanzlers Wege am 10. Juni 1886. Am 9. Juni war eine Kommission nach Hohenschwangau angereist, um den König in Gewahrsam zu nehmen. Diese erste Aktion scheiterte in den frühen Morgenstunden des 10. Juni. An diesem Tag trat die Regentschaft Prinz Luitpolds in Kraft. Ludwig II. rief Bismarck um Hilfe. Im Auftrag des Königs telegrafierte Adjutant Alfred Graf von Dürckheim-Montmartin vom österreichischen Reutte aus nach Friedrichsruh zu Bismarck, um vom geschei-

Schauplatz der Geschichte: Schloss Hohenschwangau Foto: Autor

terten »Überfall« zu berichten. Bismarck riet telegrafisch: *Seine Majestät soll sofort nach München fahren, sich seinem Volke zeigen und selbst sein Interesse vor dem versammelten Landtage vertreten.*[53] Dazu ist es nicht gekommen. Am 13. Juni fand der König den Tod.

König-Ludwig-Lied

Nach den bisherigen Ausführungen liest man betroffen zwei Strophen des volkstümlichen »König-Ludwig-Lieds«. Es beginnt mit den simplen Reimen *Auf den Bergen ist die Freiheit, / ja, auf den Bergen ist es schön, / wo unserm König Ludwig Zweiten / alle seine Schlösser stehn.* In der achten und neunten Strophe wird nicht nur der Psychiatrieprofessor Dr. Gudden, sondern auch Bismarck die Schuld am Tode Ludwigs zugeschoben, wenn es heißt:

Der Doktor Gudden und der Bismarck,
den man auch den »Falschen Kanzler« nennt,
sie hab'n ihn in'n See 'neig'stessen,
indem sie ihn von hint' ang'rennt.

Feiger Kanzler, deine Schande
traget dir ganz g'wiß kein Ehrenpreis,
denn du stund'st ihm nicht in off'nem Kampfe,
wie uns der Rippenstoß von hinten her beweist.

Bismarck ein Königsmörder? Gewiss nicht – im Gegenteil. Stimmen, die meinen, nur die Kaiserin Elisabeth (Sisi) von Österreich und Bismarck hätten den bayerischen König – jeder auf seine Weise – psychologisch richtig verstanden, ist ohne Einschränkung zuzustimmen. Ludwig II. verehrte beide und dazu noch Richard Wagner.

Anmerkungen:

Der Beitrag stellt eine überarbeitete und aktualisierte Fassung meines Aufsatzes »Otto Fürst von Bismarck« in: *Jürgen Bialuch (Hrsg.):* Gestalten um den Märchenkönig. Reutlingen 1994, S. 132–144 dar.

1 *Thomas Nipperdey:* Deutsche Geschichte 1866 – 1918. Zweiter Band: Machtstaat vor Demokratie. München 1992, S. 11.

2 Zur Person und Politik vgl. immer noch *Lothar Gall:* Bismarck. Der weiße Revolutionär. Berlin 2. Aufl. 2002; *Otto Pflanze:* Bismarck. 2 Bde. München 1997/1998; *Jonathan Steinberg:* Bismarck. Magier der Macht. Berlin 2012; *Ernst Engelberg:* Bismarck. Sturm über Europa. München 2014.

3 Zitat aus: Gedanken und Erinnerungen. Von *Otto Fürst von Bismarck.* Erster Band (Otto von Bismarck. Ausgewählte Werke. Erste Abteilung). Stuttgart und Berlin 1927, S. 343f.

4 Zitat überliefert von *Anton Memminger:* Der Bayernkönig Ludwig II. Würzburg 2. Aufl. 1933, S. 159.

5 Zitat bei *Memminger,* Bayernkönig (wie Anm. 4), S. 159f.

6 *John C.G. Röhl:* Wilhelm II. Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888–1890. München 2001, S. 314–349.

7 *Memminger,* Bayernkönig (wie Anm. 4), S. 151.

8 Wie *Bismarck,* Gedanken und Erinnerungen (wie Anm. 3), S. 343–371.

9 *Klaus-Jürgen Bremm:* 70/71. Preußens Triumph über Frankreich und die Folgen. Darmstadt 2019.

10 Dazu *Franz Merta:* König Ludwig II. und der Mobilmachungsbefehl von 1870. In: ZBLG 48 (1985), S. 689–717.

11 Dazu zusammenfassend *Oliver F. R. Haardt:* Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs. Darmstadt 2020, S. 27–179.

12 Dazu *Winfried Baumgart (Hrsg.):* Ein preußischer Gesandter in München. Georg Freiherr von Werthern, Tagebuch und politische Korrespondenz mit Bismarck 1867–1888. Berlin 2018.

13 Zitiert nach *Rupert Hacker:* König Ludwig II., der Kaiserbrief und die »Bismarck'schen Gelder«. In: ZBLG 65 (2002), S. 911–990, hier S. 912.

14 *Hacker,* Kaiserbrief (wie Anm. 13), S. 915.

15 So nachvollziehbar *Hacker,* Kaiserbrief (wie Anm. 139), S. 945.

16 Zum ganzen Komplex vgl. *Hans Rall:* König Ludwig II. und Bismarcks Ringen um Bayern 1870/71. München 1973, S. 146–178; *Dieter Albrecht:* König Ludwig II. Von Bayern und Bismarck. In: HZ 270 (2000), S. 39–64; *Hacker,* König Ludwig II. (wie Anm. 13); *Christof Botzenhart: »Ein Schattenkönig ohne Macht will ich nicht sein«.* Die Regierungstätigkeit König Ludwigs II. von Bayern. München 2004, S. 185–196.

17 Zitat aus *Haardt,* Bund (wie Anm. 11), S. 177.

18 Wie *Bismarck,* Gedanken und Erinnerungen (wie Anm. 3), S. 344.

19 Wider Kaiser und Reich 1871. Reden der verfassungstreuen Patrioten in den bayerischen Kammern über die Versailler Verträge, Nachdruck München 1977.– Ergebnis der Abstimmung am 21. Januar 1871: 102 ja, 48 nein. Die Kammer der Reichsräte hatte schon am 30.Dezember 1870 zugestimmt.

20 Wider Kaiser (wie Anm. 19), S. 13.

21 *Hans Philippi:* König Ludwig II. von Bayern und der Welfenfonds. In: ZBLG 23 (1960), S. 66–111; dazu zuletzt zusammenfassend und mit neuen Quellen *Hacker,* König Ludwig II. (wie Anm. 13) und prägnant *Botzenhart* (wie Anm. 16), S. 185–196.

22 *Hacker,* König Ludwig II. (wie Anm. 13), S. 969f.

23 *Rall,* Ludwig und Bismarck (wie Anm. 16).

24 *Andreas Kraus:* Geschichte Bayerns. München 1983, S. 548.

25 *Kraus,* Geschichte (wie Anm. 24), S. 548.

26 *Gall,* Bismarck (wie Anm. 2), S. 448.

27 Zitat bei *Michael Doeberl:* Bayern und die Bismarcksche Reichsgründung. München 1925, S. 311.

28 Zitat bei *Rupert Hacker (Hrsg.):* Ludwig II. von Bayern in Augenzeugenberichten. München 3. Aufl. 1986, S. 197.

29 Zu den Hoheits- und Reservatrechten Bayerns siehe knapp *Wilhelm Liebhart:* Bayerns Könige. Frankfurt 1997, S. 169. – Zum Gesandtschaftsrecht vgl. *Hans Philippi:* Studien zur Geschichte der Beziehungen Bayerns zum Deutschen

Reich. Bismarck und die außenpolitische Vertretung Bayerns 1875–1882, in: ZBLG 26 (1963), S. 323–369.

[30] Zitat bei *Karl Alexander von Müller:* Das Bayerische Problem in der deutschen Geschichte. München 1931, S. 32. Geäußert in einem Erlass vom 5. März 1865 an den preußischen Gesandten in München.

[31] *Memminger,* Bayernkönig (wie Anm. 4); knapp: *Wilhelm Liebhart:* Königtum und Politik in Bayern. Frankfurt a. M. 1994, S. 141f.

[32] Zitat aus *Bismarck,* Gedanken und Erinnerungen (wie Anm. 3), S. 348.

[33] A. a. O., S. 349.

[34] A. a. O., S. 352f.

[35] A. a. O., S. 357.

[36] A. a. O., S. 358.

[37] A. a. O., S. 367.

[38] A. a. O., S. 368.

[39] Zum Folgenden zuverlässig *Wilhelm Wöbking:* Der Tod König Ludwigs II. von Bayern. Eine Dokumentation. Rosenheim 1986, S. 23–52. – Die seinerzeit im 100-jährigen Todesjahr des Königs geäußerte Kritik an diesem Buch war und ist ungerechtfertigt. Der Verfasser hatte Zugang zum Geheimen Hausarchiv.

[40] Schreiben Bismarcks bei *Wöbking,* Tod König Ludwigs (wie Anm. 39) S. 27f.

[41] Zitat bei *Wöbking,* Tod König Ludwigs (wie Anm. 39), S. 28. Folgendes Zitat ebd.

[42] *Karl Alexander von Müller:* Bismarck und die Königskatastrophe 1886. In: Süddeutsche Monatshefte 29 (1932), S. 648–661, Zitat S. 652f.

[43] Zitat a. a. O., S. 655.

[44] A. a. O.

[45] A. a. O., S. 655.

[46] A. a. O., S. 657.

[47] Zitat a. a. O.

[48] A. a. O., S. 656.

[49] Zitat bei *Wöbking,* Tod König Ludwigs (wie Anm. 39), S. 339.

[50] Zum ganzen Komplex vgl. *Wöbking,* Tod König Ludwigs (wie Anm. 39); *Heinz Häfner:* Ein König wird beseitigt. Ludwig II. von Bayern. München 2008 und sein Schüler *Felix Sommer:* Psychiatrie und Macht. Leben und Krankheit König Ludwig II. von Bayern im Spiegel prominenter Zeitzeugen. Frankfurt a. M. 2009.

[51] *Wöbking,*Tod König Ludwigs (wie Anm. 39), S. 339.

[52] Zitiert nach *Wöbking,* Tod König Ludwigs (wie Anm. 39), S. 93.

[53] *Müller,* Bismarck (wie Anm. 42), S. 661.

Anschrift des Verfassers:
Prof. Dr. Wilhelm Liebhart, Hohenrieder Weg 20, 85250 Altomünster

»Sicherung der Arbeitskräfte für die Landwirtschaft«

Zur Wirtschaftsgeschichte im Bezirksamt Bruck (Landkreis) 1923 bis 1943

Von Klaus Wollenberg

Mit dem Ausbruch und Verlauf des Zweiten Weltkrieges stellte sich für das Deutsche Reich aufgrund der Einberufungen das Problem eines chronischen Arbeitskräftemangels ein. Bereits davor bestand aber seit den 1920er-Jahren ein Mangel besonders an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Der NS-Staat versuchte das Problem bis 1939 zu lösen. Der Kriegsausbruch verschärfte die Krisensituation, sodass sie nur mit Hilfe von Fremd- und Zwangsarbeitern zu entspannen war. Die Situation der Fremd- und Zwangsarbeiter im Landkreis Fürstenfeldbruck während der Kriegsjahre wird in einem Folgebeitrag beschrieben.

Allgemeiner Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft

Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften führte in den Gemeinden des Bezirksamts Fürstenfeldbruck (ab 1939 »Landratsamt«) seit den 1920er-Jahren zu großen Problemen. Bereits im Januar 1923 beklagte Bezirksamtmann Dr. Wein[1], dass *die Zahl der aus dem Gebiet Fürstenfeldbruck in den Jahren 1920 und 1921 abgewanderten landwirtschaftlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Dienstboten zwischen 1.600 und 1.800 Personen liegt.*[2] Die Folgen von Erstem Weltkrieg (1914–1918) und Weltwirtschaftskrise (1929ff.) verschärften den Personalmangel im primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei). Andererseits verloren im sekundären (Gewerbe, Industrie) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) viele Menschen ihren Arbeitsplatz. Die Nationalsozialisten widmeten sich deshalb nach ihrer Machtübernahme im März 1933 unter großem Propagandaaufwand der Frage, wie die Sicherung von Arbeitskraft in der Landwirtschaft sowie der Abbau von Massenarbeitslosigkeit in Gewerbe und Industrie erreicht werden könnte. Das Bezirksamt Fürstenfeldbruck vermerkte deshalb in seinem Amtsblatt vom August 1933 den Aufruf des Bayerischen Ministerpräsidenten, Ludwig Siebert, an alle Gemeindebehörden zur *Sicherung der Arbeitskräfte für die Landwirtschaft.* Darin hieß es: [...] *jeder einzelne Dienstherr und Unternehmer außerhalb der Landwirtschaft muß in dieser Zeit von der Einstellung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte unter allen Umständen absehen. Höher als das eigene Interesse steht das Volksinteresse. Ein ganz besonders wichtiges Volksinteresse erblickt die Staatsregierung in der Beseitigung des Missverhältnisses der Arbeitsmarktlage zwischen Stadt und Land.*[3] Offenbar zeigte der Aufruf des Ministerpräsidenten keine Wirkung, denn im Mai 1934 schob die Bayerische Staatsregierung das »Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes« sowie im März 1935 die Anordnung zum Gesetz zur Befriedigung des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften nach, in dessen ersten Paragraphen festgehalten wurde: *Die Vorsitzenden der Arbeitsämter können verlangen, dass Personen, die in der Zeit vom 1. Januar 1932 bis zum Inkrafttreten dieser Anordnung als landwirtschaftliche Arbeiter, ländliches Gesinde, Wanderarbeiter (Schnitter), Melker oder als Familienangehörige des Unternehmers in der Landwirtschaft wenigstens zwei Jahre tätig waren, aber in anderen als landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt sind, vom Unternehmer (Arbeitgeber) ihres Betriebes entlassen werden* [...].[4]

In der Landwirtschaft, die für den Markt (seit 1935 »Stadt«) Fürstenfeldbruck weniger bedeutend als für die Gemeinden des Bezirks war, sollte nach nationalsozialistischer Vorstellung unter dem Begriff *Blut und Boden, die enge Verbundenheit der in einer »Blutgemeinschaft stehenden Geschlechter (gemeinsame Rasse, Sippe, Familie) mit dem von ihnen bebauten Boden« zum Ausdruck kommen.* Auf diesem Weg suchten die Nationalsozialisten dem wirtschafts- und sozialpolitisch brisanten Problem zunehmender Überschuldung und Versteigerung von landwirtschaftlich genutzten Bauernhöfen zu begegnen. In Hitlers »Mein Kampf« hieß es, dass *ein fester Stock kleiner und mittlerer Bauern noch zu allen Zeiten der beste Schutz gegen soziale Erkrankungen* [war], *wie wir sie heute besitzen.* [...] *viele unserer heutigen Leiden sind nur die Folge des ungesunden Verhältnisses zwischen Land- und Stadtvolk* [...]. *Industrie und Handel treten von ihrer ungesunden führenden Stellung zurück und gliedern sich in den allgemeinen Rahmen einer nationalen Bedarfs- und Ausgleichswirtschaft ein.*[5]

Wirtschaftsprogramm der NSDAP

Im Wirtschaftsprogramm der NSDAP von 1924, verfasst von Gottfried Feder, war festgehalten, dass *der Nationalsozialismus die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes als der Grundlage eines kraftvollen Volkstums und der Volksernährung mit allen Mitteln unterstützen und fördern* [wird]. Zudem wurde der Begriff der *Zinsknechtschaft* in diesem Zusammenhang gebraucht. Die *Aufgabe*